

## **Rede der pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann anlässlich der Kunstaktion „Wir durchleuchten Deutschlands größte Waffenkammer“ am 27.02.2022 in Berlin**

Niemals hätte ich gedacht, dass je hier stehe und eine Rede halte, während in Europa Krieg ist. Niemals hätte ich gedacht, dass Russland die Ukraine angreift. Dieser Krieg, Putins Krieg, ist menschenverachtend. Wir verurteilen diesen Krieg, alle so wie wir hier stehen.

Die ukrainische und auch die russische Friedensbewegung fordern, genau wie wir, sofortigen Waffenstillstand, ein Ende der Kämpfe und die Rückkehr an den Verhandlungstisch. In Statements aus der ukrainischen und der russischen Friedensbewegung, ist auch zu lesen: hört auf, legt die Waffen nieder und schießt nicht Brudervolk gegen Brudervolk.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Krieg sofort beendet wird. Krieg ist immer eine Niederlage der Menschheit. Aber Putins Krieg hat auch für mich und viele von uns etwas von einer persönlichen Niederlage. Auch uns ist es nicht gelungen, diesen Krieg zu verhindern. Auch darüber sind wir verzweifelt und traurig, wir als Friedensbewegung hier in Deutschland. Wir haben uns geirrt und daran haben wir zurzeit zu knabbern. Denn wir haben nicht damit gerechnet, dass Putin die Ukraine so angreift.

Und trotzdem stehe ich hier, heute vor dem Deutschen Bundestag, wo jetzt gerade getagt wird, wo jetzt gerade die Bundesregierung verkündet, dass sie sich entschieden hat, gegen alles, was sie die letzten Wochen gesagt hat, nun doch Waffen in die Ukraine zu liefern. Das ist eine falsche Entscheidung, das ist keine Friedenspolitik. Jede Waffe verlängert diesen Krieg, eskaliert diesen Konflikt und daran sterben mehr ukrainische Soldat:innen, russische Soldat:innen, aber vor allem Zivilist:innen in der Ukraine. Deswegen halten wir diese Entscheidung für falsch und deswegen stehen wir hier, um das zu sagen. Hier und heute.

Was machen wir hier eigentlich? Wir stehen hier und durchleuchten den Deutschen Bundestag. Diese Installation ist eigentlich ein Röntgenbild. Und wenn sie jetzt dahinter entlanglaufen, werden all die Menschen, die da gehen zu Skeletten. Denn die Waffen, die Deutschland in Kriegs- und Krisengebiete geliefert hat, werden eingesetzt und sie haben Menschen verletzt oder getötet. Waffen töten Menschen und das symbolisieren wir mit diesen Skeletten, die hier durch den Deutschen Bundestag, durch das Gebiet der deutschen Bundesregierung laufen und wir zeigen: Rüstungsexporte töten.

Etwas ist falsch in unserer Gesellschaft, dass deutsche Solidarität international nur anerkannt wird, wenn Deutschland Waffen liefert. Das ist falsche Politik, die international völlig darauf ausgerichtet ist, dass Gewalt nur mit gegen Gegengewalt beantwortet werden kann. Wir wissen, alle finden das momentan falsch, was wir sagen, aber ich bin davon überzeugt, wir müssen Wege suchen, anders damit umzugehen. In diesem Krieg sterben Menschen und das ist das, was wir stoppen wollen.

Wie kann Solidarität mit der Ukraine aussehen? Wirklich nur durch Waffenlieferungen? Ja, wir sind solidarisch mit der Ukraine. Ich bin solidarisch mit der Ukraine. Ich bin sehr solidarisch mit allen Menschen in der Ukraine, mit denen ich schon lange in Kontakt stehe. Aber ich habe mich auch schon seit fünf Jahren mit so manchem darüber gestritten, weil sie überzeugt waren, dass sie die Ukraine sich nur mit Waffengewalt verteidigen kann. Sie haben mir allerdings auch gesagt, Putin wird einmarschieren. Das habe ich nicht geglaubt und das war mein Fehler, weil sie haben recht behalten und das gibt mir sehr zu denken.

Eigentlich hätten wir gerne gestern, am 26.2. hier gestanden, weil der 26.2 für uns der Symboltag für das Friedensgebot im Grundgesetz ist. Das ist nämlich Artikel 26.2 und da steht geschrieben: Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern ist nur mit Genehmigung der Bundesregierung möglich. Nach unserer Lesart bedeutet das auch, Rüstungsfirmen dürfen keine Geschäfte allein machen, sie müssen immer die Regierung fragen und das heißt doch eigentlich, wir sind davon überzeugt, dass das Waffengeschäfte ein Ausnahmefall sind. Das ist doch eigentlich die Aussage: Das ist verboten und wer es doch tun will, braucht eine Genehmigung der Bundesregierung. Deswegen hat die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ sich den 26. Februar als Aktionstag ausgesucht. Wir haben für gestern keine Genehmigung bekommen, deswegen stehen wir hier heute am 27. Februar hier.

Wir fordern, dass die Bundesregierung die Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport einhält. Aber da sie jetzt noch keine Gesetzeskraft haben und kann die Bundesregierung sie interpretieren. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, dass sie ein

Rüstungsexportkontrollgesetz machen will. Das haben wir groß gefeiert, weil die Kampagne "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!", für die ich hier heute stehe, das schon seit 10 Jahren fordert.

Wir sehen, die Bundesregierung will das zwar, aber so lange es das Gesetz nicht gibt, solange sie nicht begründen muss, warum sie die Dinge tut, entscheidet sie anders. An ein Rüstungsexportkontrollgesetz haben Postkarten wir sehr klare Ansprüche: Da muss z. B. ein Verbandsklagerecht drinstehen, weil das die Rolle und Einflussnahme der Zivilgesellschaft sehr stärken würde.

Da müsste drinstehen, dass kleine und leichte Waffen überhaupt nicht exportiert werden dürfen, auch die Munition dafür nicht, weil der Verbleib dieser Waffen überhaupt nicht kontrollierbar ist.

Deutschland hat die sogenannte Endverbleibsregel. Das heißt, Deutschland entscheidet, an wen geliefert wird und behält sich Mitentscheidung bei der Weitergabe vor. Das sind ja die Diskussionen, die jetzt geführt wurden über die Panzerfäuste aus den Niederlanden in die Ukraine. Dabei handelt es sich um leichte Waffen. Das sind Waffen, die im Grund zu einem Guerilla-Krieg führen. Das sind Waffen, die ein bis drei Personen allein tragen, können, deswegen heißen sie kleine oder leichte Waffen in der Definition der Vereinten Nationen. Das sind Waffen, wie die USA sie in den 80er Jahren an die Taliban geliefert haben. Waffen für einen Partisanen-Krieg. Damit können wenige Menschen bspw. Flugzeuge abschießen. Diese Waffen sind geeignet, den Krieg zu befeuern und zu verlängern. Ich halte es für falsch, solche Waffen zu liefern, weil es tödliche Waffen sind und es bedeutet, Deutschland zur Partei in diesem Krieg zu machen. Damit ist Vermitteln und Diplomatie erschwert. Und für mich läuft etwas in dieser Gesellschaft falsch, die nur das als Solidarität akzeptiert. Waffen sind kein Zeichen der Solidarität. Niemals! Waffen sind Kriegsgerät.

Ein weiterer Anspruch an ein Rüstungsexportkontrollgesetz ist die Verankerung einer öffentlichen Begründungspflicht. Begründet werden muss, wie genau die genehmigte Lieferung zur Friedensförderung beiträgt.

Ich kann diese Rede hier und heute nur damit beenden, dass ich hoffe, dass dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird und meine Solidarität mit der angegriffenen ukrainischen Bevölkerung hier zum Ausdruck bringen. Wir alle stehen hier, um uns gegen diesen Krieg zu äußern und gegen alles was diesen Krieg verlängern kann. Und deswegen lade ich euch ein, wenn wir hier diese Aktion beendet haben, gemeinsam mit mir rüberzugehen auf den Platz vor der Siegessäule, und uns an der Kundgebung zu beteiligen. Dort werden wir gemeinsam mit Campact!, mit attac, mit Greenpeace, mit ProAsyl, mit der IPPNW, mit den Naturfreunden, mit pax christi, mit der DFG-VK, mit den Gewerkschaften, mit Brot für die Welt und vielen anderen unsere Solidarität mit dem angegriffenen ukrainischen Volk zum Ausdruck bringen und werden für Frieden demonstrieren. Dazu lade ich euch herzlich ein.